
N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Kreisjugendhilfeausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 3. Juli 2017**, im Großen Sitzungssaal des Landratsamts Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:15 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Verpflichtung neuer beratender Mitglieder	
2.	Aufbau eines Netzwerkes zu den Querschnittthemen Jugendarbeit und Beteiligung	2017/089
3.	Mitteilungen	
3.1.	Finanzcontrolling; Entwicklung der Fallzahlen und Ausgaben in der Jugendhilfe	2017/134
3.2.	Unbegleitete Minderjährige Ausländische Kinder und Jugendliche	2017/138
4.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
4.1.	Haushaltsplanung; Ziele und Kennzahlen; Anfrage Kreisrat Hoffmann	
4.2.	Diskussionsveranstaltung mit den Bundestagskandidaten des Wahlkreises Konstanz am 19.07.2017; Einladung des Kreisjugendrings	

Vorsitzender

Hämmerle, Frank, Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder Kreistag

Bodman, Johannes, Freiherr von

Both, Hubertus, Dr.

Brennenstuhl, Heinz

Engelhardt, Udo

Herberger, Veronika

Hofer, Sigrid, Dr.

Hoffmann, Andreas

Keck, Jürgen, MdL

Storz, Hans-Peter

Volz, Tobias

Zoll, Wolfgang, Dr.

Stimmberechtigte Mitglieder Institutionen

Ehret, Matthias

Fürst, Andreas

Grams, Christian

Löhle, Bernd

Ortolf, Frank

Weber, Markus

Zedler, Reinhard

Beratende Mitglieder

Keles, Yasin

Nippgen, Alexander, Dr.

Röben, Klaus

Schrimpf, Michael

Stiefel, Peter

Entschuldigt

Degenhart, Christiane

Fink, Andreas

Fritz, Konrad

Häusler, Bernd

Reiser, Marcel

Verwaltung

Goßner, Axel

Geiger, Thomas

Hansen, Timo

Lucas, Katja

Scholz, Simone

Protokoll

Hoffmann, Vera

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die anwesenden Gäste.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. Verpflichtung neuer beratender Mitglieder

Der **Vorsitzende** verpflichtet Herrn Yasin **Keles**, Vertreter der Jugendlichen mit muslimischem Migrationshintergrund, als vom Kreistag gewählten Nachfolger von Frau Zuhail **Köskü** im Ausschuss (beratendes Mitglied).

Der **Vorsitzende** verpflichtet Herrn Peter **Stiefel**, Vertreter der Synagogengemeinde Konstanz, als vom Kreistag gewählten Nachfolger von Frau Susanne **Benizri-Wedde** im Ausschuss (beratendes Mitglied).

Beide sprechen folgende Worte nach:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte des Landkreises gewissenhaft zu wahren, sein Wohl und das der in ihm lebenden Menschen nach Kräften zu fördern.“

Der **Vorsitzende** begrüßt Herrn **Keles** und Herrn **Stiefel** als neue stimmberechtigte Mitglieder des Kreisjugendhilfeausschusses.

2. Aufbau eines Netzwerkes zu den Querschnittsthemen Jugendarbeit und Beteiligung

Herr **Hansen** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Hoffmann**

Die CDU-Fraktion hat am 11.02.2017 einen entsprechenden Antrag gestellt. Dazu fand eine Veranstaltung des KVJS statt, auf die Herr **Hansen** auch Bezug genommen hat.

Ergebnis dieser Veranstaltung war, dass der Landkreis im Bereich der Schulsozialarbeit überdurchschnittlich gut aufgestellt ist. Im Bereich der offenen, verbandlichen und kommunalen Jugendarbeit liegt er jedoch unter dem Durchschnitt. Auch in der Vernetzung der gemeindlichen Jugendarbeit mit der Jugendarbeit des Landkreises besteht Ausbaubedarf. Auf diesen Umstand weist die CDU-Fraktion ausdrücklich hin.

Erfreulicherweise hat sich das Amt für Kinder, Jugend und Familie Gedanken dazu gemacht. Jedoch stimmt der Inhalt der Vorlage teilweise nachdenklich.

Es wird ein Zwiespalt zwischen den Angeboten des Landkreises und den Angeboten der Gemeinden gesehen. Wunsch des Kreisjugendhilfeausschusses sollte sein, gerade in den Gemeinden Angebote zu schaffen, in denen es bisher noch keine Angebote gibt. Denn auch die Jugendlichen dieser Gemeinden gehören zum Landkreis. Spätestens wenn diese ihren Ort verlassen oder in ihrem Ort „auffällig“ werden, werden sie zu einem Thema im Amt für Kinder, Jugend und Familie. Insofern kann man sich die „weißen Flecken“ im Landkreis nicht leisten.

Auf der anderen Seite sind die Gemeinden in diesem Bereich auch autonom und es ist schwer, dort gewisse Vorgaben zu machen oder gar einzugreifen.

Daher gibt es dazu zwei Vorschläge, die man getrennt voneinander betrachten muss.

Vorschlag 1: In jeder Gemeinde soll ein Jugendbeauftragter eingerichtet werden, der dort tätig ist und von der Gemeinde selbst ausgesucht wird. Er soll beratend mitwir-

ken.

Vorstellbar ist, dass viele Bürgermeister der Meinung sind, schon genug Beauftragte in ihren Gremien zu haben. Ggf. werden diese wollen, dass ihnen die Entscheidung selbst obliegt, ob sie weitere Berater benötigen oder nicht.

Vorschlag 2: Einrichtung sogenannter „Leasing-Sozialarbeiter“, die vom Landkreis an die Gemeinden verliehen werden können. Gut vorstellbar wäre dieser Vorschlag bei Gemeinden, die sich für die Einrichtung von Sozialarbeitern entscheiden.

Wünschenswert wäre es, wenn die Gemeinden vor einer Entscheidung im Kreistag über das weitere Vorgehen gefragt werden würden, was sie von diesen Modellen halten. Ggf. haben sie andere Vorschläge, für die Offenheit bestehen sollte.

Ziel ist es, die „weißen Flecken“ zu reduzieren und gute Jugendarbeit in allen Gemeinden anzubieten. Dies funktioniert nur in ganz engem Schulterschluss mit den Rathäusern. Dabei sollte vermieden werden, den Gemeinden etwas „überzustülpen“, denn dann werden die Bürgermeister und Gemeinderäte nicht mitmachen.

Das Leasing-Modell macht nur Sinn, wenn der Landkreis seine Sozialarbeiter an die Gemeinden für längere Zeit ausleiht, denn diese müssten dort Netzwerke aufbauen und das geht nicht von heute auf morgen.

Sollten diese Vorschläge bei den Gemeinden nicht auf Zustimmung treffen, müsste man sich erneut Gedanken darüber machen.

Vorsitzender

Genau das ist beabsichtigt. Dem Vorbericht ist zu entnehmen, dass sich das Angebot an Gemeinden richten würde, die keine Jugendarbeit vor Ort vorhalten können. Ziel war es, in dieser Sitzung vom Ausschuss ein entsprechendes „Go“ zu erhalten, um auf die Gemeinden zugehen und fragen zu können. Dabei ist klar, dass diejenigen, die in den Gemeinden keinen Bedarf sehen, vom Landkreis auch nicht dazu gezwungen werden, dies zu tun. Die Gemeinden sollen dies in ihrer eigenen Zuständigkeit selbst regeln können.

Bei den interessierten Gemeinden wird der entsprechende Bedarf erfragt. Bei der Idee der „Leasing-Sozialarbeiter“ wird man mit den Gemeinden über den Inhalt sprechen müssen.

Es ist richtig, dass dies mit den Gemeinden noch nicht abgestimmt ist.

Sofern der Ausschuss zustimmen sollte, würde diese Abstimmung mit den Gemeinden in Angriff genommen. In der Folge wird natürlich auch berichtet, welche Gemeinden Interesse haben und welches Modell favorisiert wird.

Das Ganze hat noch eine andere Auswirkung, denn im Haushaltsplan war dafür eine 0,5-Stelle vorgesehen. Solange keine mit den Gemeinden abgestimmte Konzeption dazu vorliegt, wird diese Stelle auch nicht besetzt. Eine Besetzung würde auch erst stattfinden, wenn aus den Gemeinden ein entsprechender Bedarf zurückgemeldet werden würde.

Kreisrat Brennenstuhl

Im Ziel, hier einen stärkeren präventiven Ansatz einzurichten, ist man sich einig.

Die Problematik liegt immer darin, dass der örtliche Träger der Sozial- und Jugendhilfe, der Landkreis, relativ weit weg ist. Dies ist im Gesetz aber so festgelegt und daher braucht man darüber auch nicht mehr diskutieren.

Es wird kritisch gesehen, dass hierfür eine neue Stelle eingerichtet werden soll, denn der Landkreis hat bereits sehr viele Koordinations- und Beauftragten-Stellen. Man muss aufpassen, dass man sich hier nicht vergaloppiert, obwohl man es gut meint.

Wichtig ist, hier nochmal auf die Gemeinden zuzugehen, denn dort findet auch im Bereich der offenen, verbandlichen Jugendarbeit eine Koordination statt. Dies wird

bereits über den Kreisjugendpfleger, Herrn **Gebauer**, gemacht. Koordinierung gibt es in dem Sinne eigentlich schon genügend.

Schwierig ist es, verbandliche Jugendarbeit in den kleineren Gemeinden zustande zu bringen. Dies wurde bereits sowohl mit Ehrenamtlichen als auch mit Hauptamtlichen probiert. Wo es kein Bedürfnis gibt, kann auch künstlich keines geschaffen und mit Gewalt am Leben erhalten werden.

Daher die Frage, ob man nicht schon auf dem bestehenden Netzwerk aufbauen könnte. Mit dem Geld könnte man gute Projekte aus Kommunen im Landkreis fördern. Damit würde man die „Macher“ unterstützen, die konkrete Dinge umsetzen.

Vorsitzender

Das ist nachvollziehbar. Die einzelnen Meinungen sind gar nicht so unterschiedlich. Zunächst einmal wird der Landkreis mit den Gemeinden die entsprechenden Bedarfe besprechen und sodann im Ausschuss darüber berichten.

Die von Kreisrat **Brennenstuhl** genannte Vorgehensweise ist zwar denkbar, jedoch ist es nicht vorstellbar, dass die finanziellen Mittel nach einem bestimmten Schlüssel auf die 25 Gemeinden aufgeteilt werden. Es ginge dann viel mehr darum, dass Projekte vorgeschlagen werden, für die finanzielle Förderungen in Aussicht gestellt werden könnten.

Herr Ortolf

In der Funktion als Mitglied der AG Jugendhilfeplanung und auch als Mitglied dieser Untergruppe werden einige Dinge nochmals unterstrichen. Die offene und verbandliche Jugendarbeit ist unterrepräsentiert. Das bedeutet, dass die Chance der Jugendbeteiligung im Querschnittsthema liegt. Das betrifft alle Formen der Jugendarbeit.

Zum Thema Jugendbeteiligung lohnt es sich, nochmal im Sinne einer Vernetzung zu investieren. Denn seitdem die neue Gemeindeordnung gilt, die die entsprechende Jugendbeteiligung vorgibt, stellt sich die Frage, was der Landkreis dabei tun kann.

Es ist klar, dass dies nur ein Service bzw. eine Unterstützung sein kann. Aber genau darin liegt auch die Chance eines Netzwerks, sodass eine Gemeinden von anderen Gemeinden und auch vom Landkreis profitieren kann.

Wenn die Beteiligung als Form der Jugendarbeit erfolgreich sein sollte, wäre sie zugleich auch ein Gewinn an politischer Teilhabe für die ganze Gesellschaft. Genau das ist auch der große Präventionsgedanke, der hiermit nochmals unterstrichen wird.

Vorsitzender

Die Wortbeiträge widersprechen sich nicht und gehen in die gleiche Richtung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss (einstimmig):

Die Verwaltung wird beauftragt, die Konzeptidee weiterzuverfolgen, mit den Gemeinden zu klären und zur nächsten Sitzung des Kreisjugendhilfeausschusses hierzu einen beschlussreifen Vorschlag zu unterbreiten.

3. Mitteilungen

3.1. Finanzcontrolling:

Entwicklung der Fallzahlen und Ausgaben in der Jugendhilfe

Frau **Lucas** stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Wortmeldungen erfolgen hierzu nicht.

3.2. Unbegleitete Minderjährige Ausländische Kinder und Jugendliche

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein und sichert zu, dass die Antwort auf sein Schreiben vom 03.05.2017 an Herrn Minister **Lucha** dem Protokoll beigelegt wird (siehe **Anlage 1**).

Herr **Geiger** stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Kreisrat **Keck**, MdL

Wenn das Alter nicht ganz genau festgestellt werden kann, ist dann zumindest sicher, dass die Herkunftsländer Afghanistan und Eritrea sind?

Vorsitzender

Dies wird nach bestem Wissen und Gewissen festgestellt.

Herr **Löhle**

Es wird betont, dass es sich um exorbitante Kosten handelt. Die vollstationären Unterbringungen ziehen eine Reihe von Personalmaßnahmen mit sich, denn dabei muss man sich an die Auflagen der Heimaufsichtsbehörde halten. Das Pestalozzi-Kinderdorf ist eine Einrichtung, die sich ebenfalls anpassen und die Einrichtung ein Stück weit verkleinern musste. Dies muss notfalls auch dann umgesetzt werden, wenn keine Flüchtlinge mehr kommen sollten.

Es trifft zu, dass die Grenze zur Schweiz momentan wesentlich besser bewacht wird.

Auf der einen Seite sind es exorbitante Kosten, die aber nicht der Landkreis, sondern das Land bezahlen muss. Es wird aber auch ein Dank an die Jugendhilfe ausgesprochen, dass es möglich war, viele Jugendliche länger im stationären Bereich zu behalten. Es dauert relativ lange, bis diese Jugendlichen den Hauptschulabschluss absolviert haben und dann in einer „normalen“ Vollausbildung sind.

Momentan kann von 17 Jugendlichen berichtet werden, die aktuell eine entsprechende Ausbildung im handwerklichen Bereich aufnehmen werden. Dies ist ebenfalls der Entscheidung zu verdanken, dass die jungen Menschen zuerst in der Jugendhilfe aufgenommen wurden. Die Prognosen für das nächste Jahr sind sehr schwierig.

Vorsitzender

Die Prognose hängt von vielen Faktoren ab. Momentan liegt dies nicht daran, dass weniger Menschen aus ihrem Land flüchten, sondern vielmehr daran, dass man schwerer nach Europa kommt, bspw. auch aufgrund der Schließung der Balkanroute. Es bleibt abzuwarten, welche Entscheidungen Italien treffen wird. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd **Müller**, geht von 100 Mio. Flüchtlingen weltweit aus. Andere sagen, dass allein aus Afrika 100 Mio. Menschen kommen sollen.

Für die Flexibilität der Jugendhilfeeinrichtung von Herrn **Löhle** wird gedankt, denn diese Flexibilität ist auch in betriebswirtschaftlicher Hinsicht eine sehr schwierige Sache.

Herr **Löhle**

Nur um es als Beispiel zu nennen, wurde vor zwei Jahren eine Betreuungsgruppe mit etwa 20 Plätzen in Markelfingen eröffnet. Dafür zahlt man eine monatliche Miete in Höhe von 7.000 €, was auch angemessen ist. Im vergangenen Jahr lebten dort 30 Flüchtlinge, für deren Betreuung eine bestimmte Anzahl an Mitarbeitern erforderlich war. Wenn die Zahlen sinken, müssen die Mitarbeiter anderswo eingesetzt oder auch betriebsbedingt gekündigt werden. Denn gerade auch im Bereich der Flüchtlinge erhalten Mitarbeiter Zulassungen, obwohl sie keine Fachausbildung haben. Diesen Personen bleibt es aber selbst vorbehalten, eine berufsbegleitende Ausbildung zu

machen. Wenn sie dies nicht tun sollten, gäbe es für sie beruflich in diesem Bereich keine Aufstiegschancen.

Kreisrat **Hoffmann**

Auf Seite 2 steht „Erschwerend kommt hinzu, dass für Stadt und Landkreis aufgrund von Umstrukturierungen nur noch insgesamt 22 reguläre Plätze zur Verfügung stehen.“ Hat der Landkreis zu viel zurückgebaut?

Auf der nächsten Seite kommt zugleich die Forderung, dass ein Verselbständigungs- haus benötigt wird. Kreisrat **Repnik**, der auch Ortschaftsrat in Markelfingen ist, sagt, dass gerade auch das Haus in Markelfingen auf große Zustimmung stieß und man bereits gute Erfahrungen damit gemacht habe. Könnte man dieses Verselbständi- gungshaus nicht auch dort einrichten?

Es besteht der Eindruck, dass der Landkreis die Zahl der Plätze zu stark reduziert hat und die eine oder andere Einrichtung noch hätte behalten sollen.

Vorsitzender

Das Problem ist, dass der Landkreis keinem Träger leere Plätze bezahlen kann. Es besteht natürlich die Möglichkeit, dass der Träger bei seiner Kalkulation einen gewis- sen Risikozuschlag mit aufnimmt.

Herr **Löhle**

Mit 450 Mitarbeitern ist das Pestalozzi Kinder- und Jugenddorf Wahlwies e.V. ein re- lativ großer Verein. Trotz allem machte dieser am Ende in Markelfingen einen Verlust von etwa 40.000 €. Auf Dauer hält dies keine Einrichtung durch.

Der Eigentümer des Gebäudes in Markelfingen hatte ohnehin geplant, das komplette Gebäude abzureißen, mehrere Wohnungen zu bauen und diese dann zu verkaufen.

Vorsitzender

Herr **Löhle** erwähnte vorhin aber auch selbst, dass die Einrichtung das Thema „Ver- selbständigung“ bereits angehen möchte. Aus eigener Sicht wird dies auch als richtig empfunden, da die jungen Menschen ein großes Interesse daran haben werden.

Denn wenn jemand aus Afghanistan oder einem anderen Herkunftsland alleine nach Deutschland kommt, hat er bereits einen „Kurs in Lebenserfahrung“ in negativer Wei- se erfahren, die ein Deutscher, der hier „wohlbehütet“ aufgewachsen ist, mit 30 Jah- ren vermutlich noch nicht hat, wenn er weiterhin im „Hotel Mama“ wohnt.

Herr **Löhle**

Nach einer gewissen Zeit wechseln die UMAs vom stationären Bereich ins betreute Wohnen, wo noch sozialpädagogische Begleitung stattfindet. Irgendwann muss Ju- gendhilfe dann aber auch mal aufhören. Beim geringsten Satz bei der Betreuung von 1:10 zahlt das Jugendamt noch ungefähr 600 €/Monat.

Der Verein suchte Wohnungen für das selbständige Wohnen, die mittlerweile auch schon gefunden wurden. Diese Personen sind dann schon erwachsen und bekom- men eine Pauschale für Unterkunft und Lebensunterhalt vom Landratsamt. Der Ver- ein hat vorerst die Mietkosten übernommen mit dem Ziel, dass die Mietverträge bei gutem Verlauf auf die Jugendlichen umgeschrieben werden können. Hierbei ist natür- lich eine Einzelfallprüfung erforderlich.

Fraglich ist, wie es mit Jugendlichen mit extrem hohem Betreuungsbedarf aufgrund von Traumata oder auch Analphabetismus weitergeht. Wenn diese in einer Einrich- tung untergebracht werden, in der lediglich zwei Stunden sozialpädagogische Hilfe stattfindet, wird dies vermutlich nicht funktionieren.

Kreisrat **Hoffmann**

Reichen die momentan vorhandenen 22 Plätze?

Ist das Verselbständigungshaus nur eine Idee, oder ist man da auch schon auf der

Suche?

Herr **Geiger**

Die Entscheidung, die Plätze zurückzubauen, wurde aus wirtschaftlichen Gründen getroffen. Es ist nicht planbar, wie viele Plätze man benötigen wird. Momentan reichen die vorhandenen Plätze gut aus. Im vergangenen Jahr hatte man teilweise einen Zulauf von 10 UMAs pro Woche. Vor dem Hintergrund, dass es vier Wochen Zeit bedarf, bis eine Umverteilung stattfinden kann, würden diese Plätze für einen erneuten wöchentlichen Zulauf von 10 UMAs natürlich nicht mehr ausreichen.

Man ist somit hin- und hergerissen zwischen der wirtschaftlichen Abwägung, ob es passt, oder ob die Plätze ggf. im Fall der Fälle nicht ausreichen.

Das Verselbständigungshaus wurde im Herbst vergangenen Jahres, als alle Plätze belegt waren, geplant, um den „Abfluss“ aus der Heimunterbringung schneller sicherstellen zu können, um wieder freie Plätze zu bekommen. Bis jetzt hat sich die Umsetzung jedoch aus mehreren Gründen verzögert.

Heute befindet man sich allerdings in der Situation, dass so gut wie keine UMAs mehr nachkommen. Es ist gut, dass die Jugendlichen in die Verselbständigung wechseln können, aber das Haus wurde jetzt zu einem falschen Zeitpunkt fertig.

Herr **Zedler**

Ist die Sprache ein großes Problem in der Jugendhilfe? Gibt es genügend Dolmetscher oder wird alles auf Englisch geklärt?

Herr **Geiger**

Das ist natürlich ein Problem. Bei der Altersfestsetzung wird dies über das Video-Dolmetschen gelöst. Dabei stehen jede Sprache und nahezu jeder Dialekt zur Verfügung. In der täglichen Arbeit gestaltet sich das schwieriger. Es ist kaum möglich, entsprechende Dolmetscher bspw. für ein Hilfeplangespräch vor Ort zu bekommen.

Vorsitzender

Wie wird das in der Praxis in der Einrichtung von Herrn **Löhle** gelöst?

Herrn **Löhle**

Es wird ebenfalls mit einer ganzen Reihe von Dolmetschern zusammengearbeitet. Dennoch stellt sich dies oft als problematisch dar. Teilweise wurden in diesem Bereich auch Mitarbeiter eingestellt, die mehrere Sprachen sprechen.

4. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

4.1. Haushaltsplanung; Ziele und Kennzahlen;

Anfrage Kreisrat Hoffmann

Kreisrat **Hoffmann**

Für den Kreishaushalt wurde beschlossen, dass man bei einigen Positionen im Bereich Jugend und Soziales die Budgetierung einführt. Dabei wurden auch entsprechende Kennzahlen beschlossen. Die Verwaltung ergänzte, welche notwendigen Vorleistungen gebraucht werden, um diese Budgetierung mit den Kennzahlen einzuführen.

Mittlerweile verging ein halbes Jahr. Wenn diese Budgetierung noch für das Jahr 2017 gelten soll, oder man glaubhaft machen möchte, dass die Budgetierung im Haushalt 2018 funktionieren wird, sollte man langsam entsprechende Vorentscheidungen treffen. In letzter Zeit hörte man nichts mehr zu diesem Thema.

Herr **Goßner**

Die Zahlen wurden damals vorgestellt. Zu diesen Kennzahlen wurde ergänzt, was benötigt wird, um die Maßnahmen entsprechend umsetzen und nach diesen Kennzahlen arbeiten zu können.

Die Kennzahlen sind im Haushaltsplan erfasst. Die benötigten Mittel wurden vorerst noch nicht zur Verfügung gestellt. Im Bereich Soziales geriet man aufgrund eines vorübergehenden personellen Ausfalls mit dem Thema in Verzug.

Herr **Best**, der für Controlling im Bereich Soziales zuständig ist, arbeitet bereits zusammen mit dem Jugendamt und dem Sozialamt an den alten und auch an den neuen Kennzahlen.

Es wird gehofft, dies für die nächste Sitzung des Kreisjugendhilfeausschusses aufbereiten zu können. Allerdings wird dies erst im Herbst 2017 sein.

Vorsitzender

Der Sozialausschuss wird dann natürlich fragen, wie die Zahlenansätze für das Jahr 2018 entwickelt wurden.

Budgetierung bedeutet natürlich nicht, dass es keine Jugendhilfe mehr gibt, wenn kein Geld mehr vorhanden ist. Budgetierung umfasst viel mehr Ansätze im Haushaltsplan sowie Techniken und Möglichkeiten um gewisse Vorgaben wie bspw. eine entsprechende Ambulantisierungsquote zu steuern.

4.2. Diskussionsveranstaltung mit den Bundestagskandidaten des Wahlkreises Konstanz am 19.07.2017; **Einladung des Kreisjugendrings**

Herr **Weber**

Am 19.07.2017 findet eine Diskussionsveranstaltung mit den Bundestagskandidaten des Wahlkreises Konstanz in Radolfzell statt. Das Gremium wird dazu herzlich eingeladen.

Der **Vorsitzende** bedankt sich für die Einladung und weist darauf hin, dass er aufgrund seines Amtes als Kreiswahlleiter vor der Wahl Abstand von Veranstaltungen dieser Art nimmt. Des Weiteren weist er auf die Neutralitätspflicht hin und bittet um Verständnis, dass quasi kein amtlicher „Segen“ für eine Wahlkampfveranstaltung in öffentlichen Einrichtungen gegeben werden kann.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 17:15 Uhr.

Der Vorsitzende:

Für den Ausschuss:

Frank Hämmerle

Andreas Hoffmann

Hans-Peter Storz

Für das Protokoll:

Vera Hoffmann